

Schriften zum Wirtschaftsrecht

---

Band 364

# **Das Informationsrecht des Gläubigerausschussmitglieds gemäß § 69 Satz 2 InsO**

Von

**Amelie Sophie Klein**



**Duncker & Humblot · Berlin**

AMELIE SOPHIE KLEIN

Das Informationsrecht des Gläubigerausschussmitglieds  
gemäß § 69 Satz 2 InsO

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 364

# Das Informationsrecht des Gläubigerausschussmitglieds gemäß § 69 Satz 2 InsO

Von

Amelie Sophie Klein



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln  
hat diese Arbeit im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0582-026X  
ISBN 978-3-428-19476-6 (Print)  
ISBN 978-3-428-59476-4 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meiner Familie*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Verfahrensrecht und Insolvenzrecht an der Universität zu Köln. Sie wurde vom Promotionsbüro der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Juli 2024 als Dissertation angenommen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den zahlreichen Personen herzlich bedanken, die mich während der Promotionszeit unterstützt haben.

Besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Christoph Thole, der das Entstehen dieser Arbeit mit seinen wertvollen Anregungen und seiner insgesamt hervorragenden Betreuung in besonderer Weise gefördert hat. Die Arbeit an seinem Institut hat mich stets fachlich, wie auch persönlich bereichert.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Ulrich Ehrlicke für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie die angenehme Mitwirkung im Rahmen der Disputation.

Der Loschelder Rechtsanwälte PartGmbH danke ich für die Aufnahme als Promotionsstipendiatin. Die Tätigkeit in der Kanzlei sowie die ausnehmend gute Zusammenarbeit mit Dr. Nils Derksen bleibt mir in bester Erinnerung.

Sehr zu schätzen weiß ich die gemeinsame Zeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Institut, die die Promotionszeit zu einem unvergesslichen Kapitel in meinem Leben gemacht hat. Bei ihnen und allen anderen Freundinnen und Freunden möchte ich mich bedanken, da sie auf verschiedenste Art zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonders hervorzuheben sind dabei Jonas Wilm für sein sorgfältiges und kritisches Korrekturlesen und Tobias Middell für seine Unterstützung in jeglicher Hinsicht.

Mein mit Abstand größter Dank gilt meiner Familie, insbesondere meinem Vater Josef Klein, der in mühevoller Arbeit das Manuskript gegengelesen hat. Von meiner Familie erfuhr ich nicht nur während der Promotion, sondern auf meinem gesamten Lebensweg unermüdliche, liebevolle und bedingungslose Unterstützung. Ihr widme ich diese Arbeit.

Köln, im Januar 2025

*Amelie Klein*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	17
I. Einführung und Ziel der Untersuchung .....	17
II. Gang der Untersuchung .....	19

## *1. Kapitel*

<b>Grundlegendes</b>	21
----------------------	----

A. Der Gläubigerausschuss .....	21
I. Die Rolle des Gläubigerausschusses in der kollektiven Haftungsverwirklichung .....	22
1. Prinzip der Gläubigerselbstverwaltung .....	23
a) Entwicklung zu einem gesetzgeberischen Ziel .....	23
b) Stärkung der Gläubigerorgane .....	25
2. Ausgestaltung und Begrenzung der Gläubigerbeteiligung .....	26
a) Kompetenzaufteilung .....	27
b) Prinzip der effektiven Gläubigerbeteiligung .....	28
c) Grenzen der Gläubigerbeteiligung .....	31
II. Stellung des Gläubigerausschusses .....	32
1. Zusammensetzung .....	32
a) Die Wahl der Mitglieder .....	33
b) Juristische Personen im Gläubigerausschuss .....	35
c) Beendigung der Mitgliedschaft .....	38
d) Notwendigkeit einer Mindestqualifikation? .....	40
2. Unterstützung und Überwachung der Geschäftsführung .....	42
a) Die Insolvenzverwaltung als Zielobjekt .....	42
b) Die Tätigkeit des Gläubigerausschussmitglieds .....	43
c) Delegation an Dritte, § 69 S. 2 a.E. InsO .....	46
3. Geheimhaltungspflicht des Gläubigerausschussmitglieds .....	49
4. Der Gläubigerausschuss in den verschiedenen Verfahren .....	51
a) Vorläufiger Gläubigerausschuss .....	52
b) Der Gläubigerausschuss in der Eigenverwaltung .....	54
c) Der Gläubigerausschuss im Insolvenzplanverfahren .....	55
d) Der Gläubigerbeirat in einer Restrukturierungssache .....	56

B. Informationsrechte in Verbänden .....	57
I. Verbandsrechtliche Handlungsorganisation als Anknüpfungspunkt .....	59
II. Konkrete Betrachtung anderer Informationsrechte .....	60
1. Gesellschafterinformation in der GmbH .....	61
2. Informationsrecht bei Personengesellschaften .....	63
3. Organisation in der AG .....	65
III. Hervorzuhebende Unterschiede .....	67
1. Kein privatautonomer Zusammenschluss .....	67
2. Keine wirtschaftliche Beteiligung des Gläubigerausschussmitglieds als solches .....	68
3. Fehlende Rechtsdurchsetzungsmöglichkeit .....	69
IV. Vergleichbarkeit als mitgliedschaftliches Recht .....	70
1. Kompetenzverteilung im zweckorientierten Verband .....	70
2. Mitgliedschaft im Rahmen eines funktionsgebundenen Organs .....	71
3. Verantwortlichkeit .....	72
4. Eingrenzungsbedarf .....	72
C. Funktion des Informationsrechts .....	73
I. Funktionen der Informationsrechte im Allgemeinen .....	74
1. Rechts- und Interessenwahrnehmung .....	74
2. Transparenz .....	74
3. Minderheitenschutz .....	75
II. Funktion des Informationsrechts aus § 69 S. 2 InsO im Speziellen .....	76
1. Rechts- und Interessendurchsetzung .....	77
a) Berechtigte Interessen .....	77
aa) Gemeinschaftliches Interesse .....	77
(1) Haftungsrechtliche Verantwortlichkeit als Anknüpfungspunkt .....	78
(2) Umfassende Unterstützungs- und Überwachungsaufgabe .....	79
(3) Zulässige Diskrepanz zwischen Verantwortlichkeit und der umfassenden Amtswahrnehmung .....	80
bb) Eigennützige Informationsrechte .....	81
b) Zwischenergebnis .....	83
2. Wissensmehrung .....	83
3. Transparenz- und Überwachungsfunktion .....	84
4. Minderheitenschutz .....	85
III. Zusammenfassung .....	86

*2. Kapitel*

<b>Das individuelle Informationsrecht des Gläubigerausschussmitglieds</b>	<b>87</b>
A. Tatbestand des Informationsrechts	87
I. Die Informationsberechtigung	87
1. Individuelles Informationsrecht	88
2. Die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte	89
a) Grundsatz der höchstpersönlichen Amtswahrnehmung	90
b) Ausübung durch Dritte	90
c) Ausnahmen der höchstpersönlichen Amtswahrnehmung	92
3. Beendigung der Mitgliedschaft	93
II. Tauglicher Informationsgegenstand	95
1. Inhalt	95
a) Gang der Geschäfte, Bücher und Geschäftspapiere und Kassenprüfung	97
b) Unterlagen des Schuldners	100
c) Unterlagen verbundener Unternehmen	102
aa) Mitwirkung in Konzerninsolvenzen	102
bb) Grundsatz der Einzelbetrachtung	103
(1) Gesellschafterinformation bei verbundenen Unternehmen	103
(2) Folgerungen für das Recht aus § 69 S. 2 InsO	105
(3) Grenzen der Konzerninformation	106
cc) Zwischenergebnis	108
d) Zeitlicher Rahmen	108
2. Modalitäten der Information	110
a) Zulässige Informationsmittel	110
aa) Einsichtnahme	111
bb) Recht auf Übermittlung	112
cc) Anfertigung von Kopien	112
dd) Auskunftserteilung	113
b) Informationsverlangen	114
3. Zwischenergebnis	117
III. Der Informationsverpflichtete	117
1. Insolvenzverwalter	118
a) Insolvenzverwalter im eröffneten Regelinsolvenzverfahren	118
b) Vorläufiger Insolvenzverwalter	119
2. Informationsverpflichteter in der Eigenverwaltung	120
a) Anwendbarkeit des § 69 InsO in der Eigenverwaltung	120
b) Das Nebeneinander von Schuldner und Sachwalter	121
aa) Kompetenzverteilung im Rahmen der Eigenverwaltung	121

bb) Informationsverpflichteter im Einzelfall .....	124
(1) Aufgespaltene Aufsichtspflicht .....	125
(2) Aufteilung nach der Bedeutung im Insolvenzverfahren .....	126
(3) Aufteilung nach dem Ursprung des Informationsgegenstandes ....	127
c) Zwischenergebnis .....	128
3. Schuldner .....	129
a) Regelverfahren .....	129
b) Eröffnungsverfahren .....	132
4. Insolvenzgericht .....	133
5. Zwischenergebnis .....	135
IV. Zusammenfassung .....	136
B. Das ungeschriebene Tatbestandsmerkmal des Informationsbedürfnisses .....	136
I. Die Lehre vom Informationsbedürfnis .....	138
1. Das Informationsbedürfnis .....	139
2. Das Informationsbedürfnis des Gläubigerausschussmitglieds .....	140
II. Das Informationsbedürfnis als tatbestandliche Voraussetzung? .....	141
1. Tatbestandliche Begrenzung des Informationsrechts .....	142
2. Die Begrenzung anhand einer zweckentsprechenden Wahrnehmung .....	147
III. Zusammenfassung .....	148

### *3. Kapitel*

## **Grenzen des Informationsrechts 150**

A. Begrenzung durch den Insolvenzszweck .....	151
I. Fallgruppen .....	152
1. Interessenkollision .....	152
a) Verbot der Verfolgung von Partikularinteressen .....	152
b) Errichtung eines Clean-Teams .....	154
2. Drohender Nachteil .....	155
3. Die verfahrensrechtliche Kompetenzverteilung .....	157
a) Achtung der Kompetenzaufteilung zwischen Gläubigerausschussmitglied und dem Träger der Verwaltung .....	157
b) Erweitertes Informationsrecht bei branchenunkundigem Insolvenzverwalter	158
4. Allgemeine Rechtsausübungsschranken .....	159
a) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	159
b) Missbrauchsverbot .....	161
c) Prinzip des schonendsten Informationsmittels .....	162
d) Belastung der Masse mit Kosten .....	164
e) Verwirkung .....	168

III. Feststellung der Zweckgefährdung .....	169
B. Geheimhaltungspflicht des Verwalters .....	172
I. Schutz des Fernmeldegeheimnisses .....	174
1. Anwendung des TDDDG .....	175
a) Meinungsstand .....	176
b) Stellungnahme .....	178
2. Rechtfertigung nach dem TDDDG .....	180
3. Folgerungen für die Informationspflicht im Insolvenzverfahren .....	181
4. Zwischenergebnis .....	182
II. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit .....	183
1. Begriffe des Datenschutzes und deren Würdigung im Insolvenzverfahren ....	184
a) Personenbezogene Daten .....	185
b) Der Begriff der Verarbeitung .....	186
c) Verantwortlicher im Sinne des Datenschutzrechts .....	187
aa) Insolvenzverwalter als Verantwortlicher .....	189
(1) Besitzerlangung und Entscheidungskompetenz als Anknüpfungspunkt .....	189
(2) Aufspaltung der Verantwortlichkeit .....	191
bb) Vorläufiger Insolvenzverwalter und Sachwalter .....	192
cc) Schuldner .....	194
2. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung .....	195
a) Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch den Verwalter .....	196
aa) Allgemeine Grundsätze, Art. 5 DSGVO .....	196
bb) Rechtmäßige Verarbeitung gem. Art. 6 DSGVO .....	197
(1) Einwilligung, Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO .....	197
(2) Erfüllung einer vertraglichen Verpflichtung, Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO .....	199
(3) Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen, Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO .....	201
(4) Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse, Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO .....	202
(5) Wahrnehmung von berechtigten Interessen, Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO .....	203
b) Rechtmäßigkeit der Verarbeitung im Einzelnen .....	205
aa) Datenschutzrechtliche Einordnung des Gläubigerausschussmitglieds ..	205
(1) Gläubigerausschussmitglied als Empfänger .....	206
(2) Gläubigerausschussmitglied als Verarbeiter .....	208
(3) Zwischenergebnis .....	209
bb) Rechtfertigende Wirkung des § 69 S. 2 InsO .....	209
(1) Zweckbestimmung im Einzelfall .....	210

(2) Rechtfertigung im Einzelnen .....	211
(a) Berührte Interessen .....	211
(aa) Überblick .....	211
(bb) Beschäftigtendaten .....	212
(cc) Unternehmenskauf .....	213
(b) Eingriffsintensität .....	214
(c) Bewertung und Lösungsansätze .....	215
(d) Funktionale Eingliederung des Gläubigerausschussmitglieds als Rechtfertigung .....	216
(3) Zwischenergebnis .....	218
c) Folgerungen für den Informationsverpflichteten .....	219
III. Schutz von Geschäftsgeheimnissen nach dem GeschGehG .....	220
IV. Zwischenergebnis .....	222
C. Zusammenfassung .....	223

#### *4. Kapitel*

<b>Durchsetzung des Informationsanspruches</b>	<b>225</b>
A. Prozessuale Durchsetzung .....	226
I. Materiell-rechtlicher Anspruch des Gläubigerausschussmitglieds .....	227
II. Gerichtliches Vorgehen .....	229
1. Generelle Entscheidungskompetenz des Insolvenzgerichts nach bestehendem Recht? .....	230
a) Gerichtliche Aufsicht .....	230
b) Klagemöglichkeit bei streitigen Organrechten .....	232
c) Ausweitung gerichtlicher Befugnisse .....	233
d) Zwischenergebnis .....	237
2. Rechtsschutz des Gläubigerausschussmitglieds .....	237
a) Rechtsschutz durch Maßnahmen des Insolvenzgerichts .....	237
b) Anspruch auf insolvenzgerichtliches Einschreiten .....	241
c) Rechtsschutz durch Teilnahme des Insolvenzgerichts bei Gläubigeraus- schusssitzungen .....	243
d) Exkulpation und repressive Maßnahmen zur Sicherung des Kompetenzbe- reichs .....	244
e) Vorgehen gegen den eigenverwaltenden Schuldner .....	245
f) Zwischenergebnis .....	247
3. Keine Klagemöglichkeit vor dem Prozessgericht .....	247
4. Insolvenzgerichtliches Vorgehen gegen das Gläubigerausschussmitglied .....	251
a) Die Haftung des Gläubigerausschussmitglieds .....	253
b) Die Entlassung des Gläubigerausschussmitglieds .....	255

c) Weitere Sanktionsmöglichkeiten .....	256
5. Vollstreckung .....	258
a) Zwangsgeld gem. § 58 Abs. 2 InsO .....	258
b) Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung, § 259 Abs. 2 BGB .....	261
III. Zwischenergebnis .....	264
B. Außergerichtliche Klärung im interorganschaftlichen Verhältnis .....	265
I. Interorganschaftliches Weisungsrecht .....	265
II. Befugnisse der Gläubigerorgane .....	268
1. Entscheidungsbefugnis der Gläubigerversammlung .....	268
2. Entscheidungsbefugnis des Gläubigerausschusses als Kollegialorgan .....	271
III. Zwischenergebnis .....	272

### *5. Kapitel*

<b>Thesenartige Zusammenfassung</b>	<b>273</b>
-------------------------------------	------------

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>276</b>
-----------------------------------	------------

<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	<b>292</b>
-----------------------------------	------------



# Einleitung

## I. Einführung und Ziel der Untersuchung

§ 69 InsO statuiert die wesentlichen Aufgaben der Gläubigerausschussmitglieder im Insolvenzverfahren. Der weitgefasste Tatbestand wirft für die Teilnahme eines Ausschussmitglieds am Insolvenzverfahren eine Vielzahl an Rechts- und Praxisproblemen auf. Trotz der bereits zahlreichen<sup>1</sup> Beiträge in der Wissenschaft und Praxis ist der Ansatz dieser Abhandlung ein anderer: Sie untersucht speziell das Informationsrecht des Gläubigerausschussmitglieds und zielt darauf ab, allgemeine Lehren für die bezweckte Information in der innerorganisatorischen Sphäre des Insolvenzverfahrens zu entwickeln. Die Informationsbeschaffung und die Kommunikation unter den Beteiligten stellen regelmäßig große Herausforderungen dar. Dabei ist die Information ein wichtiges Instrument, um eine Zusammenarbeit der Verfahrensbeteiligten zu ermöglichen. Der Mehrwert der Tätigkeit des Gläubigerausschussmitglieds liegt unterdessen nicht zwingend in der Erzielung höherer Befriedigungsquoten.<sup>2</sup> Die gesteigerte Einwirkungs- und Beratungsmöglichkeit des Gläubigerausschussmitglieds gegenüber dem Insolvenzverwalter<sup>3</sup> trägt vielmehr dazu bei, die breite Akzeptanz der Verfahrensbeteiligten von dem Ergebnis des Insolvenzverfahrens und den Rechtsfrieden zu sichern.<sup>4</sup>

So ist es kein rein dogmatisches Anliegen, den Umfang und die Reichweite des Informationsrechts des Gläubigerausschussmitglieds zu ermitteln. Die Entwicklung einer überzeugenden Informationsorganisation hat auch für die insolvenzrechtliche Praxis besondere Bedeutung, weil hiervon der Verfahrensgang und die Akzeptanz der Beteiligten maßgeblich beeinflusst werden. Es ist zu beobachten, dass der Informationsfluss aufgrund technischer Möglichkeiten zunimmt und dadurch an Bedeutung gewinnt, dass der Anspruch auf umfassende Sachverhaltsaufklärung im Insolvenzverfahren zumeist von einer Vielzahl an Beteiligten erhoben wird. In dem

---

<sup>1</sup> Zuletzt in monographischer Form *Hammes*, Der Gläubigerausschuss (2019), *Thoma*, Gläubigerautonomie (2018), *Hoppe*, Rechtsgeschäfte (2018) und *de Bruyn*, Der vorläufige Gläubigerausschuss (2015).

<sup>2</sup> Für eine rechtsvergleichende Schau vgl. *Graf-Schlicker*, in: FS Smid, S. 133, 143; die Korrelation anzweifeln *Thoma*, Gläubigerautonomie, S. 75 ff.; *Zimmer*, ZIP 2013, 1309, 1315. Jedenfalls eine *negative* Auswirkung auf die Insolvenzquote kann nicht festgestellt werden.

<sup>3</sup> In dieser Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Die in dieser Arbeit verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.

<sup>4</sup> *Thoma*, Gläubigerautonomie, S. 91 f.

Moment, in dem das Insolvenzverfahren beantragt wird, verlangen Betroffene aus unterschiedlichsten Branchen einen Überblick über alle möglichen Begebenheiten des Insolvenzschuldners. In der Folge bedarf es Richtlinien, die eine klare Begrenzung der zulässigen Informationsweitergabe erkennen lassen. Wie im allgemeinen Verfahrensrecht ist auch im innerorganisatorischen Bereich des Insolvenzverfahrens eine prozessökonomische Vorgehensweise zu bevorzugen. Eine effiziente Arbeit des Gläubigerausschussmitglieds ist erwünscht, Aufwandsredundanzen nicht. Gleichzeitig kursieren im Insolvenzverfahren viele Informationen, die der diskreten Handhabung oder gar Geheimhaltung bedürfen. Mit der Informationsbefugnis aus § 69 S. 2 InsO können die Gläubigerausschussmitglieder oftmals einen erheblichen Informationsvorsprung gegenüber anderen Gläubigern erlangen. Ein solcher ist indes erforderlich, um den Pflichten als Funktionsträger im Gläubigerausschuss nachzukommen. Kontraproduktiv wäre gerade eine unsichere Rechtslage, aufgrund derer eine erfolgreiche Zusammenarbeit scheitert. Für die Mitglieder und anderen Verfahrensorgane müssen folglich klare Grenzen bei der praktischen Umsetzung ihrer Tätigkeit erkennbar sein. Die Aufgaben und Pflichten bedürfen dabei in unterschiedlichen Verfahrensstadien einer unterschiedlichen Wertung. Der Umfang und die Grenzen des Informationsrechts sollen aus dem organisationrechtlichen Gesamtgefüge des Insolvenzverfahrens, dem vorgegebenen Zweck sowie anhand der zu schützenden Drittinteressen näher konturiert werden. Interessenskollisionen, die der kollektiven Rechtsdurchsetzung immanent sind, sind zu vermeiden, dürfen das Recht auf Mitwirkung aber auch nicht unverhältnismäßig beschneiden.

An dieser Gratwanderung setzt die vorliegende Arbeit an. Betrachtet man in anderen Rechtsgebieten gelagerte Informationsrechte, so findet sich dort sowohl im Gesetz als auch in der Literatur und Rechtsprechung ein umfassender Diskurs, der zur Konkretisierung beiträgt. Mit der Erarbeitung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Informationsrechte von Funktionären in verschiedenen Handlungsorganisationen sollen allgemeine Leitlinien zur Handhabung des Informationsrechts des Gläubigerausschussmitglieds entwickelt werden. Zugleich soll anhand der speziellen Betrachtung des Informationsrechts des Gläubigerausschussmitglieds eine Reihe an dogmatischen wie auch praktischen Fragen im Insolvenzverfahren geklärt werden, die auch aus rechtsgebietsübergreifenden Regelungen folgen.

Bemerkenswert ist, dass der aktuell vorliegende Vorschlag für eine Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts (RL-E)<sup>5</sup> das deutsche Bild des Gläubigerausschusses auch für künftiges europäisches Insolvenzrecht in den Mittelpunkt der Gläubigerbeteiligung hebt.<sup>6</sup> Ziel ist es, die Vertretung der Gläubigerinteressen durch den Einsatz eines Gläubigerausschusses zu verbessern.<sup>7</sup> Neu ist

---

<sup>5</sup> COM(2022) 702 final vom 07. 12. 2022.

<sup>6</sup> Vgl. insbesondere S. 23 und Titel VII RL-E; zu den Ähnlichkeiten und Modifikationsvorschlägen *Thole*, ZIP 2023, 389, 398 f.; *Vallender*, NZI-Beilage 2023, 50, 54; kritisch zur zurückbleibenden Beteiligung des Gläubigerausschusses bei dem sog. Pre-Pack-Verfahren *Brinkmans*, ZIP 2024, 265, 269 f.

<sup>7</sup> RL-E S. 14.

die vorgeschlagene Haftungserleichterung<sup>8</sup> für Gläubigerausschussmitglieder, die sich auf die Arbeit im Ausschuss durchaus auswirken könnte. Damit soll dem Phänomen des rationalen Desinteresses an der Verfahrensmitwirkung entgegen gewirkt werden, da dem andererseits nur mit einer staatlichen Verfahrenskontrolle und der Steigerung gerichtlicher Kompetenzen begegnet werden könnte.<sup>9</sup> Sofern den deutschen Regelungen im Rahmen der europäischen Rechtsetzung eine Vorbildsfunktion zukommt, ist es folglich nicht nur für das deutsche Insolvenzrecht von Bedeutung, die Gläubigermitwirkung im Gläubigerausschuss möglichst genau zu umreißen.

## II. Gang der Untersuchung

Zunächst werden in einem ersten Kapitel die allgemeinen Ziele des Insolvenzverfahrens kurz beleuchtet, um die vorgegebene Handlungsrichtung des Gläubigerausschusses als Organ im Insolvenzverfahren darzustellen. Der Gläubigerausschuss, das Mitglied sowie dessen konkrete Aufgaben werden dabei näher beleuchtet. Die Ausführungen sollen als Stütze dienen, um das Informationsrecht im Anschluss näher konturieren zu können. Ein darauffolgender Blick auf Informationsrechte in anderen zivilrechtlichen Regelungsbereichen kann den Bedarf einer Konkretisierung erkennen lassen und behilflich sein, um Rückschlüsse auf das Recht des Gläubigerausschussmitglieds zu ziehen. Insbesondere Regelungen im Gesellschaftsrecht sollen auf ihre Tauglichkeit als Blaupause untersucht werden. Daraus werden im weiteren Fortgang der Arbeit bei bestehender Vergleichbarkeit Parallelen gezogen und gleichlaufende Interessenausrichtungen hervorgehoben. In einem zweiten Kapitel folgt eine Darstellung des Tatbestands des aus § 69 S. 2 InsO zu entnehmenden Informationsrechts, wobei Ansätze empfohlen werden, um dessen Umfang leichter ermitteln zu können. Nach der Erfassung des Grundgehalts werden sodann die möglichen Grenzen des Informationsrechts näher dargestellt. Passend zu dem präsenten Diskurs in der Wissenschaft ist ein gesonderter Blick auf datenschutzrechtliche Schranken für ein innerorganisatorisches Informationsrecht geboten. Bedeutsam ist die abschließende Frage der Durchsetzbarkeit des Informationsrechts, bei der die innerorganisatorische Kompetenzverteilung vertieft untersucht wird. Schließlich sind die wesentlichen Ergebnisse thesenartig zusammengefasst.

Die Arbeit wird sich zwecks besseren Verständnisses einer einheitlichen Terminologie bedienen. Unter dem Oberbegriff des „Informationsrechts“ sind im Folgenden die Gesamtheit der in Betracht kommenden Auskunfts-, Einsichts-, Kontroll- und Überwachungsrechte des Gläubigerausschussmitglieds zu verstehen. Zur Vereinfachung werden die Begrifflichkeiten „Informationsverpflichteter“ sowie „Träger

---

<sup>8</sup> Art. 66 des RL-E; wobei dies als bloße *Mindestharmonisierung* nicht zwingend umgesetzt werden müsste, *Thole*, ZIP 2023, 389, 399; RL-E, S. 7.

<sup>9</sup> Vgl. *Pape/Schmidt*, ZInsO 2004, 955, 959.